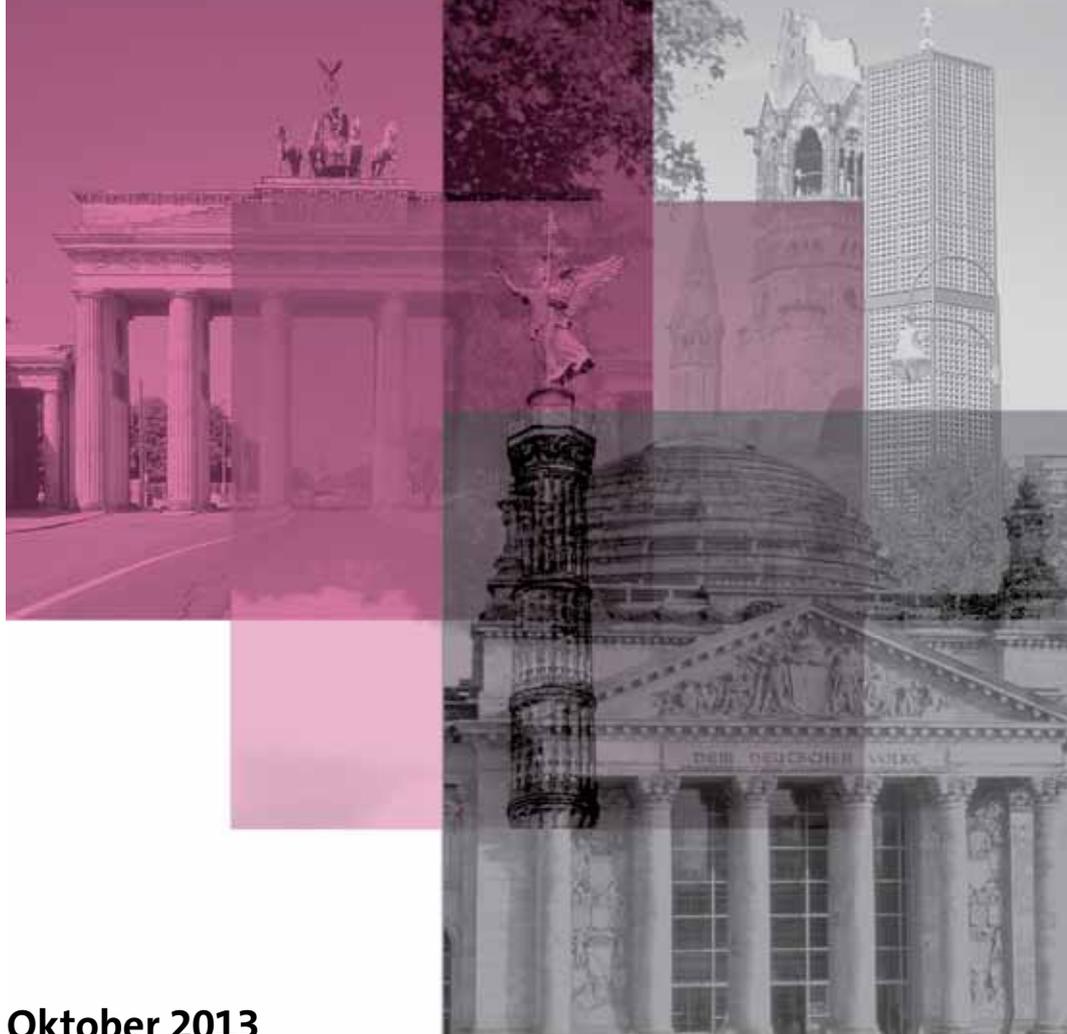




dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin

hauptstadt magazin



Oktober 2013

Nach 100 Tagen

Neue dbb Landesleitung zieht positive Bilanz



Sehr zielstrebig und erfolgreich genutzt hat die Landesleitung des dbb berlin die ersten 100 Tage ihrer Amtszeit. Bodo Pfalzgraf (stellvertretender Landesvorsitzender), Frank Becker (Landesvorsitzender), Monika Opitz und Bernd Raue (stellvertretende Landesvorsitzende) (von links). Der stellvertretende Landesvorsitzende Ferdinand Horbat fehlt im Bild. (Bericht Seite 2)

Bilanz nach 100 Tagen

Neue Landesleitung mit Turbo-Start

Vor gut 100 Tagen hat der Gewerkschaftstag des dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) eine neue Landesleitung gewählt, die in den ersten Monaten ihrer Amtszeit einen wahren Turbo-Start hingelegt hat.

Trotz parlamentarischer Sommerpause ist es der neuen Mannschaft um ihren Vorsitzenden Frank Becker gelungen, nicht nur mit den Spitzen fast aller im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen, sondern auch mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, dem Innensenator Frank Henkel sowie dem Staatssekretär beim Senator für Inneres, Andreas Statzkowski, und der Staatssekretärin beim Senator für Gesundheit, Emine Demirbüken-Wegner, ins Gespräch zu kommen.

Politische Positionen abgesteckt

Bei diesen politischen Begegnungen hat es sich keineswegs lediglich um rein formelle Antrittsbesuche gehandelt, vielmehr hat der dbb berlin seine politischen Positionen ganz klar abgesteckt, speziell in Fragen der Besoldung und der Personalförderung im weitesten Sinne. Die neue dbb Landesleitung hat sich dabei als konsequenter Verfechter der Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes präsentiert. In Sachen Besoldungsanpassung, Nachwuchsförderung, Wertschätzung, Lehrerverbeamtung und in vielen anderen Fragen mehr sind jedenfalls die Standpunkte des dbb berlin im politischen Raum klar, und die Landesleitung wird dafür sorgen, dass die konstruktiven Gespräche dazu auf allen politischen Ebenen fortgesetzt werden.

Zusammenarbeit ist gefragt

Auch dbb intern sind in den letzten Monaten zahlreiche Weichen gestellt worden: Arbeitskreise und -gruppen wurden gebildet und haben mittlerweile ihre Arbeit aufgenommen, die Landesleitung selbst musste eine Geschäftsverteilung vornehmen und der Landesvorstand tagte im Juni erstmals unter der neuer Leitung. Bei dieser Sitzung hat das Gremium noch einmal nachdrücklich und auch in Schreiben an alle Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhaus Besoldungsperspektiven bis 2017 für die Berliner Beamtinnen und Beamten gefordert. Ganz klar erkennen lassen hat die dbb Landesleitung bei all ihren Initiativen, dass sie auf enge Zusammenarbeit mit den dbb Fachgewerkschaften setzt. Denn enge vertrauensvolle Zusammenarbeit, speziell in Fachfragen, gegenseitige Abstimmung und gemeinsames solidarisches Vorgehen sind nach Überzeugung der dbb Landesleitung die Grundlagen einer erfolgreichen Gewerkschaftspolitik. Dieses Credo hat sich bereits in einigen Stellungnahmen niedergeschlagen, die der dbb berlin u. a. zur Abschaffung der Praxisgebühr und zur Änderung der Erholungsurlaubsverordnung abgegeben hat.

Insgesamt kann das Fazit nach den ersten 100 Tagen Amtszeit der neuen dbb Landesleitung nur lauten: Weiter so!!!!

Änderung der Erholungsurlaubsverordnung

dbb berlin begrüßt altersunabhängige Regelung

Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) hat eine positive Stellungnahme zur Änderung der Erholungsurlaubsverordnung abgegeben, mit der der Jahresurlaub für Beamtinnen und Beamte rückwirkend ab 2011 altersunabhängig auf 30 Arbeitstage festgelegt werden soll. Einen entsprechenden Entwurf hatte die Senatsverwaltung für Inneres und Sport zur Beteiligung vorgelegt.



Wörtlich heißt es in der Stellungnahme des dbb berlin gegenüber dem Innensenator:

„Mit dem Verordnungsentwurf wird der Anspruch auf Erholungsurlaub altersunabhängig auf einheitlich 30 Arbeitstage festgelegt. Damit wird dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 20. März 2012 Rechnung getragen, mit dem die im TVöD enthaltene altersabhängige Staffelung des Erholungsurlaubs für rechtswidrig erklärt wurde. Der dbb berlin begrüßt diese Regelung.“

Auch findet die Festlegung, dass Beamtinnen und Beamte für die Jahre 2011 und 2012 einen Urlaubsanspruch von 30 Arbeitstagen erhalten, die Zustimmung des dbb berlin.“

EuGH-Vorgaben beachten!

Darüber hinaus plädiert der dbb berlin in seiner Stellungnahme für die Übernahme der EuGH-Vorgaben zum Mindesturlaub bei vorübergehender Dienstunfähigkeit in die Verordnung:

„Der dbb berlin regt an, § 9 der Erholungsurlaubsverordnung klarstellend dahingehend zu ergänzen, dass wegen vorübergehender Dienstunfähigkeit während des Urlaubsjahres nicht genommener Mindestjahresurlaub 18 Monate nach dem Ende des Urlaubsjahres verfällt. Nach Einschätzung des dbb berlin wäre diese Ergänzung aufgrund der Vorgaben

aus der Rechtsprechung des EuGH (Entscheidung vom 22. November 2011 – C – 214/10) und des Bundesverwaltungsgerichts (Entscheidung vom 31. Januar 2013 – 2 D 10.12) angeraten. Denn in Fällen, in denen der Mindestjahresurlaub wegen einer vorübergehenden Dienstunfähigkeit nicht genommen werden konnte, muss der Übertragungszeitraum die Dauer des Bezugszeitraums, für den er gewährt wird, deutlich überschreiten. Dies ist bei der Höchstgrenze von 18 Monaten der Fall.“

Darüber hinaus schlägt der dbb berlin in Umsetzung der Entscheidung des EuGH vom 3. Mai 2012 (2 – C 337/10) Folgendes vor: Es sollte in der Erholungsurlaubsverordnung die Gewährung eines finanziellen Ausgleichs für den nicht in Anspruch genommenen Mindestjahresurlaub gem. Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 (Abl. EU Nr. L 299, S. 9) geregelt werden. Dieser finanzielle Ausgleich sollte in den Fällen gewährt werden, in denen Beamte den Mindestjahresurlaub wegen Dienstunfähigkeit auch innerhalb des Übertragungszeitraumes nicht in Anspruch nehmen konnten und vor Ablauf des Übertragungszeitraumes in den Ruhestand treten.“

Vorgriffsregelung getroffen

Mit der endgültigen Verabschiedung der Änderungsverordnung, die sich zurzeit im Beteiligungsverfahren befindet, ist erst im 4. Quartal 2013 zu rechnen. Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport hat deshalb im Einvernehmen mit der Senatsverwaltung für Finanzen eine Vorgriffsregelung bekannt gegeben. Danach können Erholungsurlaubsansprüche für die Jahre 2011 bis 2013, die über 26 bzw. 29 Arbeitstage hinausgehen, zur Wahrung des Gleichklangs mit den Tarifbeschäftigten und zur Vermeidung unnötiger Rechtsstreitigkeiten bereits jetzt gewährt werden. Der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, hat die Entscheidung der Senatsverwaltung begrüßt und kommentierte ergänzend: „Es war endlich an der Zeit, diese Regelung umzusetzen.“

Mangelnde Wertschätzung des Landes Berlin für seine Beschäftigten

dbb berlin fordert Wiedereinführung der Jubiläumszuwendung

Seit 2003 erhalten Beamte und Richter nach 25 bzw. 40 Jahren geleisteter Arbeit für das Land Berlin keine Jubiläumszuwendung mehr – auch der zum Dienstjubiläum seinerzeit gewährte freie Tag wurde abgeschafft. Der dbb berlin setzt sich mit Nachdruck für die Wiedereinführung der Zuwendung ein:

„Für den dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) ist es nicht länger hinzunehmen, dass das Land Berlin für die langjährigen Leistungen der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter keine Anerkennung mehr gewähren will“, äußerte sich der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker.

Noch grotesker sei die Missachtung der Leistungen dieser Beschäftigtengruppen vor dem Hintergrund, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Jubiläumszuwendung, einen freien Tag und eine Urkunde aufgrund tarifvertraglicher Regelungen erhalten.

Zwar darf nach internen Regelungen auch den Beamtinnen und Beamten – obwohl ein Anspruch hierauf nicht besteht – wenigstens eine Urkunde ausgehändigt werden, diese Jubiläumstermine werden aber in der Praxis meist verpasst. Grund ist die

Tatsache, dass die Dienstjubiläen ebenfalls seit 2003 gar nicht mehr in IPV eingepflegt werden. Vergeblich warten seitdem viele Kolleginnen und Kollegen am Tage des Dienstjubiläums auf einen Dank ihres Dienstherrn. Nur wenn die Betroffenen selbst erkennen lassen, dass ihr Jubiläum kurz bevorsteht, werden die Büroleitungen tätig und veranlassen das Ausstellen von Dankesurkunden.

Der dbb berlin hat diese Ungerechtigkeit und mangelnde Wertschätzung in allen seinen Gesprächen mit den Fraktionen im Abgeordnetenhaus sowie beim Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und Innensenator Frank Henkel aufgegriffen und die schnellstmögliche Wiedereinführung der Jubiläumszuwendung gefordert, damit die Wertschätzung für langjährige Arbeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einerseits und Beamtinnen und Beamten andererseits endlich wieder gleichartig wird ...

Vorankündigung

Beamtenpolitisches Grundsatzgespräch im Oktober

Zu einem ersten beamtenpolitischen Grundsatzgespräch nach der Neuwahl der dbb Landesleitung werden Vertreter/-innen des dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) am 31. Oktober 2013 mit Innensenator Frank Henkel zusammentreffen. Schon jetzt hat der dbb berlin in Abstimmung mit seinen Fachgewerkschaften und Verbänden eine Reihe wichtiger Themen angemeldet.

So sollen vor dem Hintergrund wachsender Nachwuchsprobleme die Ausbildungsoffensive für das Land Berlin, aber auch die finanzielle Angleichung der Anwärterbezüge im Land Berlin an das Tarifergebnis sowie die Wiedereinführung von Anwärtersonderzuschlägen erörtert werden. Zu den besoldungsrechtlichen Gesprächspunkten werden u. a. die Einstufung von Probebeamten in die Besoldungstabelle unter Berücksichtigung von vorberuflichen Tätigkeiten und die Anpassung der Justizvollzugszulage an die von Polizei und Feuerwehr zählen. Gesprächsbedarf besteht darüber hinaus in Sachen Shared Services beim Land Berlin und Wiedereinführung der Jubiläumszuwendung.

In der nächsten Ausgabe des hauptstadt magazin werden wir über die Ergebnisse des Grundsatzgesprächs, das in der Regel zweimal jährlich zwischen dem dbb berlin und dem Innensenator stattfindet, berichten.



Berliner Aids-Hilfe e.V.

dbb berlin im Gespräch mit Barbara Schöne

Berliner Aids-Hilfe kämpft für Akzeptanz und Aufklärung

Die Immunschwäche Aids, die noch zu Zeiten prominenter HIV-Opfer wie Rockstar Freddy Mercury die Menschen in Angst und Schrecken versetzt hat, stößt in Deutschland auf abnehmendes Interesse. Speziell junge Menschen, so die Kuratorin der Berliner Aids-Hilfe, Schauspielerin Barbara Schöne, im Gespräch mit dem Berliner dbb Landesvorsitzenden Frank Becker und dbb Pressesprecher Frank Zitka im dbb forum berlin, verkennen häufig die Infektionsgefahr und ihre Folgen und verzichten auf einen entsprechenden Schutz.

Schöne, die ihr Ehrenamt in der Berliner Aids-Hilfe 1999 u. a. aus Sorge um ihren damals im Teenageralter befindlichen Sohn antrat, setzt vor allem auf persönliche Ansprache, etwa im Schulunterricht, um die Jugendlichen für die Gefahren der Immunschwäche zu sensibilisieren.

Denn zur Sorglosigkeit besteht überhaupt kein Anlass, auch wenn Presseberichte häufig den Eindruck einer Entwarnung vermitteln. Tatsächlich sind zwar zahlreiche Medikamente auf dem Markt, die die Lebenserwartung der Betroffenen der von Nichtinfizierten annähern. Aber diese Medikamente sind nicht lange genug auf dem Markt, um Nebenwirkungen einer Langzeiteinnahme, wie schnelleres Altern des Körpers, Herz-Kreislauf-Probleme, Krebs oder psychiatrische oder neurologische Erkrankungen, realistisch abschätzen zu können. Einige Hinweis deuten in diese Richtung.

Zudem bleibe die Anzahl von HIV-positiven Menschen in Berlin, der Stadt, in der bundesweit mit rund 17.000 die meisten Infizierten leben, nahezu konstant, geben Barbara Schöne und die beiden

Mitarbeiter der Berliner Aids-Hilfe in ihrer Begleitung, Christian Watzelhan und Lars Vestergaard von Lausden, zu bedenken. Betroffen sind keineswegs ausschließlich Risikogruppen.



Foto: Jan Brenner

Frank Zitka (Pressesprecher dbb), Frank Becker (Landesvorsitzender dbb berlin), Barbara Schöne (Kuratoriumsmitglied Berliner Aids-Hilfe), Lars Vestergaard von Lausden und Christian Watzelhan (Berliner Aids-Hilfe e.V.) im Gespräch im dbb forum berlin (von links).

Prävention ist deshalb unverändert wichtig. Das Schoolwork-Team der Berliner Aids-Hilfe führt beispielsweise regelmäßig Veranstaltungen für Schülerinnen und Schüler durch. Mit großem Erfolg, wie Wartelisten, die über ein ganzes Jahr hinwegreichen, unterstreichen. Angefordert werden die Aufklärungsveranstaltungen mittlerweile auch von der Polizeischule, Krankenhäusern, Justizvollzugsanstalten und anderen Dienststellen. Ebenfalls zum Service der Berliner Aids-Hilfe zählt die Durchführung – grundsätzlich anonym – HIV-Antikörper-Tests. Allerdings übersteigt die Nachfrage hier bei Weitem die Möglichkeiten der Berater.

Schließlich gilt auch der Betreuung der Aids-Kranken das besondere Augenmerk der Hilfsorganisation. „Keiner wird hier alleine gelassen“, betonen Schöne und die beiden Mitarbeiter der Aids-Hilfe. Erkrankte werden regelmäßig ein- bis zweimal pro Woche durch Mitarbeiter betreut, was besonders wichtig in den Fällen ist, in denen sich Verwandte und Freunde zurückgezogen haben. Einer der Jahreshöhepunkte für die Berliner Aids-Hilfe e.V. steht in wenigen

SPENDEN HELFEN SCHÜTZEN GEGEN AIDS

Online-Spendenportal unter:
www.berlin-aidshilfe.de

Spendenkonto: 31 32 205
BLZ: 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE 80 100 205 00 000 313 22 05

SWIFT: BFSWDE 33 BER

Wochen bevor: Die Gala „Künstler gegen Aids“ am 25. November 2013 im Theater des Westens. Diese Großveranstaltung ist für die Berliner Aids-Hilfe aus zweierlei Gründen besonders wichtig. Zum einen fließt der Reinerlös in ihre Hilfsprojekte, zum anderen wird durch eine umfangreiche Medienberichterstattung alljährlich eine große Öffentlichkeit für das Thema Aids sensibilisiert. Karten für die Veranstaltung gibt es unter 030.47997477 oder online unter www.kuenstlergegenaids.de.

Dienstleister für die Demokratie

Verfassungsschutz wirbt um Vertrauen

Der Verfassungsschutz steckt in einer tiefen Vertrauenskrise. Gerade begann sich die öffentliche Diskussion über Zustand und Zukunft der Nachrichtendienste zu versachlichen, da fingen die sogenannten Enthüllungen des Edward Snowden rund um die NSA an. Nun kam die zweite Welle des Misstrauens und der Vorwürfe gegenüber den Diensten ins Rollen. Während man im Zusammenhang mit NSU den Behörden noch komplette Ahnungslosigkeit attestierte, was die Informationssammlung über das Internet anging, so lautet nun der Vorwurf: „Massenhafte Datensammlung! Überwachungsstaat!“

Ich bin doch manchmal etwas überrascht, wie schnell und laut eine Abschaffung des Verfassungsschutzes gefordert wird. Selbstverständlich müssen Institutionen und Prozesse immer wieder kritisch und konstruktiv hinterfragt werden, um sie den geänderten Anforderungen anzupassen. Genau dies war ja das Ziel des Projekts der Neuausrichtung des Verfassungsschutzes. Die seit einiger Zeit vorliegenden Abschlussberichte signalisieren nicht das Ende eines Reformprozesses, sondern bedeuten dessen Anfang. Klar ist, weder Verfassungsschutz noch Polizei und Justiz haben die Mordserie des NSU verhindern oder rechtzeitig aufklären können. Dies hat gravierende Fragen zur strategischen Ausrichtung, Arbeitsweise und Zusammenarbeit dieser Behörden aufgeworfen. Mit der Klärung dieser Fragen beschäftigen sich auf unterschiedlichen Ebenen mehrere Gremien. Auch wenn sich der Verfassungsschutz in den vergangenen Jahren stark

weiterentwickelt hat, so hat die öffentliche Diskussion zum NSU-Komplex deutlich gemacht, dass sowohl seine Aufgabenstellung als auch seine Arbeitsweise und damit seine Befugnisse als eher unklar wahrgenommen werden und dass das in ihn gesetzte Vertrauen, etwa im Vergleich zur Polizei, brüchig ist.

Profil schärfen

Ein Verfassungsschutz, der seinem Namen gerecht wird, darf aber nicht als undurchsichtig erscheinen und er muss deutlich machen, warum es ihn gibt und was er zum Schutz der Demokratie und auch zur Sicherheit von Staat und Gesellschaft tatsächlich beiträgt. Das heißt, wir müssen unser Profil schärfen. Die Bürger müssen darauf vertrauen können, dass er seine Befugnisse korrekt einsetzt, dass er seine Erkenntnisse zur Verfügung stellt und dass er effektiv kontrolliert

wird. „Dienstleister für die Demokratie“ hat der Präsident des Bundesamtes, Maaßen, die Funktion des Verfassungsschutzes kürzlich beschrieben.

Einen Überwachungsstaat will niemand installieren. Genauso wenig wollen wir aber einen zahnlosen Tiger, der im Grunde nicht mehr darf und weiß als eine Zentrale für politische Bildung. Die Kernkompetenzen müssen klarer formuliert werden. Eine Rückbesinnung auf die Lehren von Weimar, den Kalten Krieg oder die RAF reichen nicht mehr zur Legitimation: Wir brauchen ein bürgernahes Aufgabenverständnis. Der Verfassungsschutz muss als eine präventiv orientierte Dienstleistungsbehörde wahrgenommen werden – durch überzeugende Analysen und aktuelle regionale Lagebilder. Diese Bewertungen können dann eine Grundlage bilden für Gegenmaßnahmen von Kommunen und Ländern, dienen also als Teil der örtlichen Prävention.

Analysekompetenz stärken

Die Analysekompetenz ist eine ganz wichtige und notwendige Voraussetzung für das Funktionieren des Verfassungsschutzes als Frühwarnsystem. Eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit macht aber nur Sinn, wenn man inhaltlich etwas in Form von Analysekompetenz zu bieten hat. Und gleichzeitig: Eine Erhöhung der Analysekompetenz macht nur Sinn, wenn man sie inhaltlich auch in Gestalt von Öffentlichkeitsarbeit wahrnehmen kann. Eine schlichte Auflistung von Einzelinformationen hat geringen Erkenntniswert. Es reicht nicht, einfach interessantes Datenmaterial zu liefern und dieses einfach zum Selbstzweck zu verwalten, wir müssen diese Informationen auch einsortieren, analysieren und bewerten – und wenn möglich auch veröffentlichen! Nur dann liefern wir einen Mehrwert im Sinne einer Politikberatung. Außerdem muss sich das Aufgabenprofil des Verfassungsschutzes verändern: Neben der weiterhin unzweifelhaft erforderlichen nachrichtendienstlichen Aufklärung extremistischer bis hin zu terroristischen Strukturen sollte die aktive Teilnahme an der öffentlichen Diskussion über Tendenzen und Ursachen verfassungsfeindlicher Bestrebungen mehr Gewicht bekommen.

Dies geht nur, wenn sich die Verfassungsschutzbehörden stärker als bislang mit den zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, Vereinen und Stiftungen vernetzen. Kontakt und Dialog müssen hier ausgebaut werden. Denn die Prävention ist nicht die originäre Aufgabe des Verfassungsschutzes und sollte es auch nicht werden. Der Verfassungsschutz ist die Stelle, an der Informationen gesammelt und analysiert werden. Wir sind eher Brandmelder denn Feuerlöscher, um es einmal bildlich auszudrücken. Wir sagen, wo es raucht – löschen müssen andere. Sicher: Der Nachrichtendienst muss neue Ideologien, Gruppierungen und Akteure im Bereich des politischen Extremismus – und teilweise



Bernd Palenda ist seit 20. August 2013 Leiter der Abt. II bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, die in Berlin für den Verfassungsschutz zuständig ist. Davor hatte er das Amt ab 19. November 2012 zunächst kommissarisch inne.

auch im Vorfeld zum Extremismus – rechtzeitig erkennen, deren Bedeutung erfassen und seine Informationen auch unverzüglich weitergeben, damit weitere Maßnahmen der Gefahrenabwehr und gegebenenfalls der Strafverfolgung ergriffen werden können. Bildungsarbeit müssen indes andere übernehmen. Um Kinder und Jugendliche vor dem Abdriften in den Extremismus zu schützen, brauchen wir nicht nur Informationen über die Gefahren, die dort lauern; wir brauchen Pädagogen, die Bedürfnisse und Ängste von jungen Menschen erkennen und geschult sind, damit entsprechend umzugehen.

Auflösung ist keine Alternative

Es besteht kein vernünftiger Zweifel, dass der Staat diese Kompetenzen des Verfassungsschutzes braucht. Löst man ihn auf, wie gefordert, werden diese Aufgaben und Befugnisse nicht wegfallen. Sollen sie der Polizei zugeschlagen werden? Wollen wir eine Polizeibehörde mit nachrichtendienstlichen Befugnissen? Unser Grundgesetz sieht das aus gutem Grund nicht vor.

Auch die zum Teil hysterische Diskussion über die Wertigkeit und Sinnhaftigkeit von nachrichtendienstlichen Mitteln muss nüchtern geführt werden. Einerseits wird von den Sicherheitsbehörden größtmögliches Wissen über terroristische Netzwerke gefordert, dies aber bitte ohne Eingriff in die Privatsphäre. Das ist nicht möglich! Extremisten posten ihre Absichten nicht unbedingt immer bei Facebook, sie reden auch kaum offen am Telefon darüber, was sie vorhaben. Hier sind andere Mittel gefordert. Informationen werden verschlüsselt über das Internet ausgetauscht, Treffen finden hoch konspirativ statt. Ohne technische und menschliche Quellen bleibt der Staat blind und taub. Auch der Einsatz der sogenannten V-Männer ist daher notwendig. Zudem stellt er einen geringeren Eingriff in das Private dar als das Abhören von Gesprächen.

Haben wir Vertrauen in diese Kontrolle, haben wir Vertrauen zu den Beschäftigten der Nachrichtendienste. Sie leisten gute Arbeit für die Sicherheit in unserem Land.

Bernd Palenda

BDF Brandenburg-Berlin



Der BDF (Bund Deutscher Forstleute) ist die forstpolitische und gewerkschaftliche Vertretung aller Forstleute (Beamte, Arbeitnehmer, Auszubildende und Rentner) in allen Waldbesitzarten. Der BDF wurde vor über 62 Jahren als Bundesorganisation gegründet und umfasst 14 Landesverbände mit ca. 10.000 Mitgliedern, in Berlin-Brandenburg etwa 800. Als Fachgewerkschaft des dbb nehmen wir durch die dbb tarifunion an den Tarifverhandlungen für Angestellte und Forstwirte teil.

In Brandenburg sind wir Mitglied des Zentralen Forstausschusses und nehmen so Einfluss auf alle forst- und naturschutzpolitischen Entscheidungen des Ministeriums.

Auf Bundesebene sind wir als Mitglied im Deutschen Forstwirtschaftsrat und auf Europäischer Ebene in der UEF (Union of European Foresters) aktiv.

In intensiven politischen Kontakten mit Abgeordneten des Landtags Brandenburg und des Abgeordnetenhauses Berlins informieren wir über Wald und Forstleute. Wir geben fachliche Stellungnahmen zu aktuellen Themen der Forstwirtschaft und Forstpolitik ab und nehmen Einfluss auf politische Entscheidungen durch die Vertretung unserer Mitglieder gegenüber Behörden, Verbänden und anderen Organisationen.

Der BDF steht für eine nachhaltige, naturgemäße Forstwirtschaft zur Erhaltung der vielfältigen Leistungen unserer Wälder. Wir sind als neutrale Ratgeber der Waldbesitzer Mitglied in beiden großen Zertifizierungssystemen PEFC und FSC.

Der BDF Berlin e.V. ist Mitglied im dbb berlin. Der Vorsitzende Elmar Kilz ist Angestellter und Leiter des Forstamtes Grunewald. Schwerpunkt der Arbeit in der nächsten Zeit ist die Schaffung eines Einstellungskorridors für kleinere Berufsgruppen in Berlin, vor allem aus unserer Sicht Forstleute und Forstwirte, die in Berlin zwar ausgebildet, aber nicht dauerhaft übernommen werden.

Die vbba stellt sich vor

vbba

Die **vbba** – vereinigung der beschäftigten der berufs- und arbeitsmarktdienstleister hat ihren Ursprung im „Verband der Beamten der Bundesanstalt für Arbeit“, hat sich jedoch im Jahr 2002 als Fachgewerkschaft für die Arbeitnehmer und im Jahr 2006 auch für alle öffentlich-rechtlichen und privaten Arbeitsmarktdienstleister geöffnet.

Sie vertritt als bundesweite Fachgewerkschaft alle Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsagenturen), der Familienkassen und der Jobcenter (sowohl in den gemeinsamen Einrichtungen als auch Optionskommunen) und nimmt zu allen Fragen des Arbeitsmarktes Stellung. Die **vbba** hat bundesweit ca. 12.000 Mitglieder.

In der Region Berlin-Brandenburg hat die **vbba** ca. 800 Mitglieder und ist im Land Berlin in drei Arbeitsagenturen und zwölf Jobcentern vertreten. In einer Arbeitsagentur und in vier Jobcentern ist der/die Personalratsvorsitzende Mitglied der vbba.

Die vbba zeichnet sich durch eine hohe Basisnähe und Professionalität aus, auch wenn sie keine hauptamtlichen Funktionsträger hat – die gesamte gewerkschaftliche Arbeit wird ehrenamtlich ausgeführt.

Näheres zur Landesgruppe Berlin-Brandenburg kann man unter www.vbba-bb.de erfahren.



Bürgerversicherung: Was tatsächlich dahinter steckt

Deutschland hat eines der besten, wenn nicht DAS beste Gesundheitssystem der Welt. Wir alle profitieren von den kurzen Wartezeiten, freier Arztwahl und einem guten Zugang zum medizinischen Fortschritt. Uns steht ein flächendeckendes Netz von Kliniken und Ärzten zur Verfügung. Was dieses hohe Niveau garantiert? Das Nebeneinander von gesetzlicher (GKV) und privater Krankenversicherung (PKV). SPD und Grüne wollen dieses bewährte System nun abschaffen und durch eine Bürgerversicherung für alle ersetzen. Das hört sich erst mal gut an – doch gut ist nur der Name!

Die Bürgerversicherung und die Zwei-Klassen-Medizin

Länder mit einem Einheitssystem wie der Bürgerversicherung können davon ein Liedchen singen. Denn es funktioniert nicht. Dort, wo die Krankenversicherung in einem Einheitssystem organisiert ist, werden die Leistungen stärker rationiert. Diese Länder sehen in der Regel nur eine medizinische Grundversorgung auf niedrigem Niveau vor. Lediglich Menschen, die den Arzt direkt bezahlen können oder eine Zusatzversicherung abschließen, haben Zugang zur Spitzenmedizin außerhalb der Einheitsversorgung. So entsteht eine wirkliche Zwei-Klassen-Medizin.

Wie sieht das bei unseren europäischen Nachbarn aus? In Großbritannien stehen über fünf Millionen Patienten auf Wartelisten, bekommen oft erst nach Monaten einen Arzttermin. Leistungen werden zum Teil aus Kostengründen verweigert. In den Niederlanden liegt die Wartezeit bei bis zu einem Jahr für eine Leistenbruchoperation. Oder Frankreich: Durchschnittlich 25 Prozent der Krankheitskosten trägt jeder selbst. Die Spanier dürfen weder den Haus- noch den Facharzt selbst wählen. Und in Schweden entscheidet der Provinzverwalter, wer z. B. eine Hüftoperation erhält und wer nicht. Zustände, von denen wir nichts ahnen ... noch nicht.





Auswirkungen der Bürgerversicherung auf die medizinische Infrastruktur

Die Privatversicherten stützen das gesamte Gesundheitssystem. Jedes Jahr fließen 28,6 Milliarden Euro durch Privatversicherte ins Gesundheitssystem. Dank der Einnahmen aus der (PKV) können Ärzte und Krankenhäuser investieren und so den hohen medizinischen Standard sichern, von dem wir alle profitieren. Es sind die elf Prozent Privatversicherte, die 25 Prozent der gesamten Praxisumsätze verantworten. Das entspricht einer jährlichen Summe von 5,3 Milliarden Euro. Ärzte finanzieren mit diesen Einnahmen medizinisches Fachpersonal, neue Behandlungsmethoden und modernere Praxiseinrichtungen, von denen alle Versicherte – auch die in der GKV profitieren. Veranschaulicht gesagt: Davon können 2.690 neue MRT-Geräte oder 17.933 CT-Geräte angeschafft werden. Wären die Privatversicherten in einer Bürgerversicherung, würde das Gesundheits-

system elf Milliarden Euro verlieren – Praxen müssten schließen, Jobs gingen verloren.

Belastung der Mittelschicht

Die Grünen planen die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze von heute 47.250 auf 69.600 Euro. Das entspricht einer Steigerung um 47 Prozent. Im Gegenzug soll der Beitragssatz der GKV nur minimal sinken. Im Ergebnis würde die Krankenversicherung für Millionen Angestellte und Selbstständige drastisch teurer. Die jährliche Mehrbelastung kann dabei schnell bei mehreren Tausend Euro pro Person liegen.

Vom Anstieg der Beitragsbemessungsgrenze wären insbesondere die freiwillig gesetzlich Versicherten der Mittelschicht betroffen. Auch Geringverdiener mit einer Erbschaft wären stark von der Bürgerversicherung betroffen, wenn zusätzliche Kapitaleinkünfte aus einer Erbschaft der Beitragspflicht unterlägen.

Auch Rentner wären im besonderen Maß betroffen. Meist reicht die staatliche Rente nicht aus, um den Lebensstandard zu sichern. Und so haben viele Rentner Ersparnisse, auch im Rahmen einer Lebensversicherung oder von Wertpapieren. Genau diese private Vorsorge wird von der Bürgerversicherung „gestraft“. Denn es entstehen Belastungs- und Beitragssprünge, die bei Durchschnittsrentnern mit zusätzlichen Einkünften aus Ersparnissen beispielsweise in Höhe von 5.000 Euro bei 54,1 Prozent (Rentnerin) bzw. 28,0 Prozent (Rentner) liegen. In der Regel werden die Betroffenen nicht in der Lage sein, derart bedeutende Beitragssteigerungen zu tragen.

Bürgerversicherung vernichtet Jobs

Zusätzlich zu den steigenden Lohnzusatzkosten würde eine Bürgerversicherung mit einem Schlag über 100.000 Arbeitsplätze vernichten. In der Versicherungswirtschaft sind rund 70.000 Jobs gefährdet, 35.000 fielen sofort weg. Die Betriebsräte der Unternehmen gehen von einer ähnlichen Summe aus. Kompensationsmöglichkeiten durch die Ausweitung eines Zusatzversicherungsgeschäfts sind nicht eingeplant. Allein in Berlin würden 8.400 Arbeitsplätze wegbrechen. Im Gesundheitswesen haben wir insgesamt 4,5 Millionen Beschäftigte. Zunächst wären davon bis zu zehn Prozent gefährdet, was bis zu 400.000 weitere Arbeitslose bedeuten würde.

Damit jedoch nicht genug! Die SPD will die Beitragsbemessungsgrenze für Arbeitgeber komplett abschaffen. Damit steigen die Lohnzusatzkosten dramatisch, was deutschlandweit Arbeitsplätze gefährden würde. Experten gehen für die Wirtschaft von einer zusätzlichen Belastung von acht Milliarden Euro jährlich aus. Das entspricht rund 200.000 Vollzeit Arbeitsplätzen.

Alternde Bevölkerung macht private Krankenversicherung unverzichtbar

Die junge und arbeitende Generation muss in der gesetzlichen Krankenversicherung immer mehr Geld für den wachsenden Anteil der Älteren aufbringen. Da ist es problematisch, nur auf die demografieanfällige Umlagefinanzierung zu setzen, wie es die Bürgerversicherer tun. In der privaten Krankenversicherung sorgt jeder für seine im Alter steigenden Gesundheitskosten selbst vor. Das ist generationengerecht und unverzichtbar für unser Gesundheitssystem. Im Jahr 2000 lag der Anteil der über 65-Jährigen

an der Gesamtbevölkerung bei rund 16 Prozent. Auf die Personengruppe der über 65-Jährigen entfielen gleichzeitig knapp 50 Prozent der Leistungsausgaben der umlagefinanzierten GKV. Bis 2050 wird sich der Anteil der über 65-Jährigen mehr als verdoppeln. Die Kosten werden entsprechend steigen. Das Umlageverfahren kann diese Ausgabendynamik alleine nicht mehr schultern. Es erreicht die Grenzen seiner Belastbarkeit. Wenn Gesundheit auch noch in 10, 20 oder 40 Jahren bezahlbar bleiben soll, führt kein Weg an mehr Vorsorge für die mit dem Alter steigenden Gesundheitsausgaben vorbei. Das geht nur mit mehr Kapitaldeckung im Versicherungssystem.

Kfz-Zulassungsbehörde stellt vollständig auf Terminangebot um

Keine Wartezeiten mehr

Die Kfz-Zulassungsbehörde Berlin führt an ihren beiden Standorten in der Jüterboger Straße und der Ferdinand-Schultze-Straße ein 100-prozentiges Terminangebot ein. Ab Montag, dem 26. August 2013, können Kunden ausschließlich über einen gebuchten Termin bei der Zulassungsbehörde vorsprechen.

Die Kfz-Zulassungsbehörde Berlin hat mit ihrem bisherigen Terminangebot allen Kunden, die per Internet oder per Telefon einen Termin gebucht haben, seit mehreren Jahren Wartezeiten erspart. Jeder Terminkunde wird in der Regel pünktlich und termingerecht bedient.

Dieses Angebot soll zukünftig grundsätzlich für alle Zulassungsangelegenheiten im Privatkundengeschäft gelten. Die Zulassungsbehörde wird zu einer reinen Terminbehörde entwickelt. Wartezeiten, wie sie bislang leider noch für Kunden ohne Termin vorkommen, werden weitgehend vermieden.

Das Terminangebot wird deutlich erweitert, sodass in der Regel am selben Tag oder möglichst zeitnah ein Vorsprechen in allen Zulassungsangelegenheiten, die in der Zuständigkeit der Zulassungsbehörde liegen, ermöglicht wird. Lediglich für Kurzzeit- und Ausfuhrkennzeichen sowie reine Außerbetriebsetzungen werden Wartemarken ausgegeben.

Die Öffnungszeiten bleiben unverändert. Die eingeschränkte Öffnungszeiten für Spontankunden entfällt. Es werden grundsätzlich nur noch Kunden mit Termin bedient.

Für die Kfz-Zulassungsbehörde können – wie bisher – über das Internet www.berlin.de/lab0



oder telefonisch über das Service-Telefon 030.90269-3300 gebucht werden.

Es wird dringend empfohlen, gebuchte Termine pünktlich wahrzunehmen, da sie sonst verfallen und neu gebucht werden müssen.

(Quelle: Landespressedienst)



Gemeinsam mit der dbb jugend protestierten vor dem Bundeskanzleramt: der Berliner dbb Landesvorsitzende Frank Becker (4. von links), sein Stellvertreter Bernd Raue (3. von rechts) sowie die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Astrid Hollmann (2. von rechts).

Der Staat sieht alt aus

dbb berlin unterstützt Protestaktion der dbb jugend vor dem Bundeskanzleramt

Unter dem Motto „Der Staat sieht alt aus“ hat die dbb jugend Anfang September mit einer Protestaktion vor dem Bundeskanzleramt in Berlin auf die schlechte Personalausstattung des öffentlichen Dienstes aufmerksam gemacht. Unterstützt wurde die Aktion vom dbb berlin, der mit seinem Landesvorsitzenden Frank Becker, Landesvize Bernd Raue, dem Vorsitzenden des Jugendpolitischen Ausschusses, Falco Naujoks, und dem BSBD-Landesvorsitzenden Thomas Gojny vor Ort war.

Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Astrid Hollmann brachte Sinn und Zweck der Aktion vor den Demonstranten auf den Punkt: „Uns treibt die Sorge um die Qualität des öffentlichen Dienstes in Deutschland. Ausgedünnt durch den massiven Personalabbau seit der Wiedervereinigung, erwischen uns demografischer Wandel und Fachkräftemangel jetzt mit voller Wucht“, so Hollmann. „Die Wirtschaft läuft uns beim Kampf um gute Mitarbeiter den Rang ab.“ Angesichts der aktuellen Altersstruktur in Behörden und Verwaltungen – 75 Prozent der Beschäftigten sind älter als 35 Jahre – und entsprechend hoher Krankenstände blieben wichtige öffentliche Dienstleistungen auf der Strecke. „Viele Beschäftigte sind am Anschlag und demotiviert. In diesem Zu-

stand wird Deutschlands öffentlicher Dienst seine Funktions- und Leistungsfähigkeit nur schwerlich halten können“, warnte die dbb Vize und forderte: „Hier muss dringend gegengesteuert werden. Der Staat bietet die Grundlagen für Allgemeinwohl und Wohlstand in Deutschland, und dafür braucht er Mitarbeiter, die sich dieser Aufgabe kompetent und mit Leidenschaft widmen. Wer die Besten für den öffentlichen Dienst will, muss auch Bestes bieten.“

Konzept für Berlin?

Auch der Berliner Vorsitzende Frank Becker hat in politischen Gesprächen immer wieder vor Personal-mangel, Überalterung des öffentlichen Dienstes und Überlastung seiner Mitarbeiter gewarnt. Begrüßt hatte der dbb Landeschef in diesem Zusammenhang die Ankündigung der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, wonach in Kürze gemeinsam mit der CDU Anträge zur Personalentwicklung im öffentlichen Dienst eingebracht werden sollen. U. a. seien diese Anträge auf die Erstellung von aufgabenkritischen Personalbedarfskonzepten für die Berliner Verwaltung, auf Personalentwicklung und eine forcierte qualitative Personalgewinnung und -bindung gerichtet.

Lehrerbildungsgesetz: Zwischen Illusion und Politik

Der Entwurf des neuen Lehrerbildungsgesetzes der Senatsbildungsverwaltung spaltet die Gemüter. Während die einen den Entwurf als Fortschritt feiern, sehen die anderen die Gefahr, dass die Bodenhaftung verloren gegangen ist. PHV und VBE äußern sich eher skeptisch.

PHV: Ist die Qualität der Berliner Schulen gefährdet?

In wohlklingenden Worten stellte die Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft am 16. September in der Friedrich-Ebert-Stiftung die aus ihrer Sicht zentralen Veränderungen des Gesetzesentwurfes zur Lehrerbildung vor. Die Lehrämter sollen entsprechend der Schulstruktur angepasst werden. Neben dem Lehramt an Grundschulen soll es an den allgemeinbildenden Schulen nur noch ein einheitliches Lehramt für die integrierten Sekundarschulen und Gymnasien geben. Die Begründung ist, dass beide Schulformen das MSA und das Abitur anbieten. Hierbei werden aber wichtige Aspekte vernachlässigt:

- › Das Gymnasium hat als Bildungsziel die allgemeine Hochschulreife.
- › Die integrierte Sekundarschule hat als vorrangiges Bildungsziel die Berufsbildungsreife.

Der Hinweis, dass auch die ISS zum Abitur führen (können), verkennt in diesem Zusammenhang, dass dies in der Regel die alten Gesamtschulen betraf, die auch schon in der Vergangenheit eine gymnasiale Oberstufe hatten. Die Mehrheit der integrierten Sekundarschulen aus Haupt- und Realschulen bzw. aus reinen Hauptschulen führen nicht zur allgemeinen Hochschulreife.

Während der Unterricht in der gymnasialen Oberstufe eine entsprechende fachwissenschaftliche Ausbildung erfordert, muss er an der ISS speziell auf den späteren Eintritt in die Ausbildungsberufe ausgerichtet sein. Die unterschiedlichen Bildungsziele, Methoden und Inhalte erfordern dementsprechend eine differenzierte Ausbildung. Während in anderen Tätigkeitsbereichen die Spezialisierung selbstverständlich ist, sollen Lehrer plötzlich alles können. Keiner käme auf die Idee, mit Zahnschmerzen den Augenarzt aufzusuchen.

Dass die Universitäten ein Ausbildungskonzept haben, ist anzuzweifeln. Die Gespräche zwischen der Senatsbildungsverwaltung und den Universitäten sind noch nicht abgeschlossen. Daher stellt sich die



Frage, warum ein so schnelles Handeln gefragt ist. Die Schlussfolgerung, dass über die Strukturreform und das Lehrerbildungsgesetz das Gymnasium als Schulform abgeschafft werden soll, drängt sich geradezu auf.

Die Anerkennungsverfahren der geplanten Lehrbefähigungen scheinen sich ebenfalls noch im Diskussionsprozess mit der KMK zu befinden, und es ist fraglich, ob die Lehrbefähigung für ISS und Gymnasium durch die anderen Bundesländer als Lehrbefähigung an Gymnasien anerkannt wird. Der auch heute schon mögliche Quereinstieg in Mangelfächern dient ausschließlich der Bedarfsdeckung. Wenn auch zweifelsfrei der auf diese Weise vermiedene Unterrichtsausfall grundsätzlich zu begrüßen ist, so bleiben die Ausbildungsbedingungen fragwürdig. Denn während besonders auf die pädagogische Ausbildung in der ersten Phase (einschl. praktischer Erfahrungen) Wert gelegt wird, sollen die Quereinsteiger ohne diese Ausbildung und Erfahrung in der zweiten Phase (Referendariat) und mit wesentlich höherer Unterrichtsverpflichtung das gleiche Ziel erreichen.

Kein Konzept für die Fortbildung?

Bedauerlicherweise nur mit einer Randbemerkung gestreift hat die Senatorin die dritte Phase der Lehrerbildung – die Fortbildung. Die Fortbildung ist ein wesentlicher Bestandteil zur Sicherung der Unterrichtsqualität und Erziehungsarbeit an der Schule.

Angebote und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen zeigen gegenwärtig erhebliche Mängel, die zu einem wesentlichen Teil strukturell und organisatorisch bedingt sind. Ein Personalentwicklungskonzept und ein modernes Personalmanagement sind nicht zu erkennen. Die z. T. sehr fragwürdigen Abordnungen von Funktionsträgern für die Fortbildung tragen zusätzlich zu Defiziten in den Schulen

bei. Die Ausrichtung der Fortbildungen in der unterrichtsfreien Zeit lässt angesichts der hohen Belastungen den Lehrkräften kaum zeitlichen Spielraum, Angebote zu nutzen. Dies führt u. a. zu einem nicht unerheblichen Ausfall von Fortbildungsveranstaltungen.

*Kirsten Dahendorf und
Ferdinand Horbat (beide PHV)*

VBE: Top oder Flop für die Grundschule

Der VBE Berlin begrüßt die Einsicht der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, endlich die alte VBE-Forderung nach einem einheitlichen universitären Studium für alle Lehramtsstudentinnen und Studenten mit einem sechsemestrigen Bachelorstudium und einem viersemestrigen Masterstudium mit gleichen Leistungspunkten umzusetzen.

Leider liegen zwischen Absicht und Umsetzung Welten. So verhindert sie mit ihrem Lehramt für Grundschulen den Einsatz künftiger Lehrerinnen und Lehrer an der ISS und beschränkt damit die Flexibilität des Grundschullehrers sowie dessen berufliche Perspektiven, da sich diese nur auf die Beförderungsmäßer an der Grundschule beschränken.

In § 5 / Grundständiges Studium (Bachelor) – Abs. 2 (Lehramt an Grundschulen) legt der Gesetzentwurf die zu studierenden Fächer auf Deutsch und Mathematik plus ein frei zu wählendes Fach fest. Das Fach Mathematik kann durch zwei Sonderpädagogische Fachrichtungen ersetzt werden.

Diese Vorgabe sieht der VBE Berlin als Eingriff in die freie Fächerwahl der Studierenden an und lehnt sie ab. Selbst wenn eine Vertiefung des frei zu wählenden Faches im Masterstudium erfolgen soll, sieht der Gesetzentwurf keine adäquate wissenschaftliche Ausbildung, wie bei dem Lehramt für ISS oder Gymnasium in Deutsch, Mathematik und drittem Fach vor.

Damit fällt das Studium für das Lehramt an Grundschulen noch hinter die Ausbildung an der damaligen Pädagogischen Hochschule zurück. Niemand hatte dort eine Schmalspurausbildung für Mathematik und Deutsch für die Klassenstufe 1 bis 4. Der Abschluss an der PH Berlin befähigte den Einsatz an der Grundschule sowie an der Sekundarstufe 1.

Der VBE Berlin fordert deshalb ein wissenschaftliches Studium für das Lehramt an Grundschulen entspre-



chend des Studiums für das Lehramt an integrierten Sekundarschulen und Gymnasien mit der Schwerpunktsetzung Grundschule im Masterstudium.

Leider hat die Bildungsverwaltung aus der letzten Novellierung der Lehrerausbildung unter Prof. Dr. Zöllner nichts gelernt. Diese führte dazu, dass mehr Studentinnen und Studenten für das Lehramt des Studienrates entschieden als für das Lehramt an der Sekundarstufe 1.

Der VBE Berlin befürchtet, dass bei der geplanten Umsetzung des Lehrerbildungsgesetzes bezüglich des Lehramtes an Grundschulen kaum ausreichend Interessenten gefunden werden, zumal die spätere Bezahlung wesentlich geringer ausfällt als bei den anderen Studiengängen.

Insgesamt stellt der VBE Berlin fest, dass die Senatsbildungsverwaltung durch die Einführung von Steuerungs- und Koordinierungsgremien, in denen Vertreter der Senatsverwaltung meist den Vorsitz beanspruchen, erheblichen Einfluss auf die Universitäten nehmen will und damit auf die freie Lehre. Immer dort, wo es um die inhaltliche Ausgestaltung des Gesetzes geht, verweist die Senatsverwaltung auf noch zu erlassene Rechtsvorschriften.

Abgeordnete, die bei der Abstimmung ihrem Gewissen verantwortlich sind, können über ein solches „Skelett“ nicht abstimmen, bei dem nicht nur das „Fleisch“ (Rechtsverordnung) fehlt, sondern auch noch wesentliche „Knocheenteile“.

Heidrun Quandt (VBE)



dbb
verlag

Marktplatz

Nur für Mitglieder der dbb Mitgliedsgewerkschaften

Der dbb verlag bietet seinen Kunden einen Kleinanzeigenmarkt an – den dbb verlag Marktplatz. In mehreren Kategorien können Mitglieder des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften Gegenstände suchen, anbieten, tauschen oder empfehlen. In verschiedenen Kategorien können Sie Angebote einstellen oder Schnäppchen suchen.

Wie meldet man sich an?

Kunden des dbb verlag, die bereits ein Nutzerkonto im Shopsystem haben, müssen in der Kontoverwaltung nur noch Ihre Gewerkschaft auswählen. Haben Sie noch kein Konto, können Sie sich über das Registrierungsformular anmelden. Es ist in allen Fällen eine Registrierung nötig, um auf den Marktplatz zugreifen zu können.

Warum eine Registrierung?

Sinn des Marktplatzes ist der Austausch bzw. Verkauf zwischen Kollegen. Um dies sicherstellen zu können, muss eine Registrierung erfolgen. Außerdem sind wir gesetzlich dazu verpflichtet Kontaktdaten von Nutzern aufzunehmen, wenn diese Waren oder Dienstleistungen über unser Portal anbieten.

Wie stelle ich ein Angebot ein?

Über eine bequeme Maske können Sie Ihre Anzeige im Portal aufgeben. Wählen Sie eine Kategorie, die Ihnen für das Angebot passend erscheint und beschreiben Sie das Produkt. Sie können bis zu drei Bilder hochladen.

Wie treten Interessenten mit mir in Kontakt oder ich mit Anbietern?

Im Portal gibt es die Möglichkeit Nachrichten direkt an den Anbieter zu versenden. In Ihren Kontoeinstellungen können Sie außerdem einstellen, ob Nachrichten an Ihre hinterlegte E-Mailadresse weitergeleitet werden sollen.

Sind auch gewerbliche Händler erlaubt?

Ja, allerdings gelten für Gewerbetreibende andere Voraussetzungen, diese können in den Nutzungsbedingungen des Marktplatzes nachgelesen werden, die Sie ebenfalls auf der Webseite finden. Gewerbliche Anzeigen müssen z.B. gesondert ausgewiesen werden.

Wo finde ich den Marktplatz?

Unter www.dbbverlag.de, nach der Registrierung im Hauptmenü. Wenn Sie Fragen zu unserem Marktplatz oder dem Angebot des dbb verlag haben, melden Sie sich gerne unter kontakt@dbbverlag.de oder telefonisch unter 030. 726 19 17-0.

Wir freuen uns auf Sie.

Ihr dbb verlag

The screenshot shows the user interface of the dbb verlag Marktplatz website. The top navigation bar includes the dbb verlag logo and the breadcrumb path: Home > dbb verlag Marktplatz > Marktplatz > Kameras, Foto, etc. > Minolta X-500. The main content area is titled 'MARKTPLATZ' and features a search bar with 'Kameras, Foto, etc.' entered. Below the search bar, a listing for a 'Minolta X-500' camera is displayed. The listing includes a date '01.08.2012', the seller 'Veronika Verlag', and a small dbb verlag logo. The text of the listing reads: 'Ich verkaufe eine Minolta X-500 Kamera. Es handelt sich dabei um eine etwa 30 Jahre alte, analoge Spiegelreflexkamera mit Standardobjektiv (1,7x30mm) und Bedienungsanleitung. Die Objektivkappe fehlt. Da es sich um einen Verkauf von privat handelt, gibt es keine Garantie und kein Rückgaberecht. Zustand: gebraucht. Preis: 5 Euro zzgl. Versandkosten.' There are two small images of the camera. At the bottom of the listing, there is a button 'Nachricht an Veronika Verlag' and a status 'Aktiv'.

Anbieten. Stöbern. Finden.

© 2013 dbb verlag gmbh

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb – beamtenbund und tarifunion – berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Mommsenstraße 58, 10629 Berlin, Telefon 030.3279520, Telefax 030.32795220, E-Mail: post@dbb-berlin.de. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt. Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, www.dbbverlag.de, kontakt@dbbverlag.de. Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. ☎ 02102.74023-0, Fax 02102.74023-99, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra-Opitz-Hannen, ☎ 02102.74023-715. Anzeigen-disposition: Britta Urbanski, ☎ 02102.74023-712, Anzeigentarif Nr. 10, gültig ab 1.10.2012. Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. Layout: FDS, Geldern. Fotos: dbb berlin.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Bündnis 90/Die Grünen legen Positionspapier vor

Perspektive 2020: Ein neuer Pakt für den Öffentlichen Dienst

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus hat ein Positionspapier „Perspektive 2020: Ein neuer Pakt für den Öffentlichen Dienst“ beschlossen, das Vorschläge für eine zukunftsorientierte und bürgernahe Gestaltung des öffentlichen Dienstes enthält.

U. a. heißt es in dem Schreiben, das dem dbb berlin mit dem entsprechendem Beschluss von Bündnis 90/Die Grünen zugegangen ist:

„Neben einem verlässlichen und zügigen Anpassungspfad der Besoldung an den Bundesdurchschnitt braucht die Berliner Verwaltung einen professionellen bedarfsgerechten Verwaltungsaufbau, flexible familienfreundliche Arbeitsbedingungen, ein sinnvolles Gesundheitsmanagement und eine von Anerkennung geprägte Führungskultur.“ Nur dann könne sich

das Land Berlin als attraktiver Arbeitgeber bzw. Dienstherr behaupten.

Über das Positionspapier, zu dem der dbb berlin noch dezidiert Stellung beziehen wird, will die Fraktion in einen offenen Dialog eintreten. Bereits bei einem Meinungsaustausch im August hatten die Fraktionsvorsitzende Ramona Pop und dbb berlin Landesvorsitzender Frank Becker verabredet, sich auch künftig regelmäßig und konstruktiv über die Themen des öffentlichen Dienstes auszutauschen.

Leserbrief an die Berliner Morgenpost

Eine der Berliner Morgenpost unwürdige Diskriminierung der Lehrerinnen und Lehrer hat Hei-drun Quandt, Landesvorsitzende des VBE Berlin, in einem Leserbrief zu einem Artikel vom 15. September 2013 gerügt. Wörtlich schreibt die Berliner VBE-Chefin: „Als einzige Berufsgruppe der sogenannten ‚Blaumacher‘ nennt Herr Yas-har Narollahi die ‚schlechtgelaunten Lehrer‘. Das ist eine Diskriminierung eines ganzen Berufsstandes und der Berliner Morgenpost unwürdig. Vielleicht sind dem Autor die Überalterung der Lehrerschaft und die Arbeitsverdichtung in den letzten Jahren durch ständig neue Reformen entgangen, deren Folgen er in vielen Studien zur Lehrergesundheit nachlesen kann. Er sollte selbst einmal nur ein 1/4 Jahr in Brennpunktschulen unterrichten. Nach wie vielen Tagen oder etwa Wochen gehört er dann zu den ‚Blaumachern‘?“

Tod von Thomas Kleineidam bedeutet großen Verlust in Berlin

Anfang September ist der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, Thomas Kleineidam, an einem Krebsleiden verstorben. Er wurde 55 Jahre alt.

„Mich hat die Nachricht, dass Thomas Kleineidam verstorben ist, sehr traurig gestimmt. Ich habe ihn stets als einen verlässlichen Partner – insbesondere auf dem politischen Gebiet der inneren Sicherheit – erleben dürfen.

Leider war die Zeit viel zu kurz, ihn noch besser kennenzulernen. Sein Tod bedeutet einen großen Verlust für Berlin“, so Frank Becker, Landesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion berlin.